



An Berner Medien

Bern, 6. März 2012

Mediencommuniqué

Psychiatrie auslagern – nein danke!

Die Personalverbände im Gesundheitswesen lehnen eine Auslagerung der psychiatrischen Kliniken aus der Kantonsverwaltung ab. Die Privatisierung bedroht die gute Versorgung von psychisch kranken Menschen und hat einen massiven Druck auf die Anstellungsbedingungen des Personals zur Folge. Das zeigen die Erfahrungen im somatischen Spitalbereich.

Der Regierungsrat legt dem Kanton Bern einen Bericht zur Motion Fritschy vom November 2006 betreffend „Libérale Lösungen für den Kanton Bern – Der Kanton führt keine Institutionen der Psychiatrieversorgung“ vor. Er legt dar, dass eine Auslagerung oder Privatisierung für den Kanton Bern, die Patientinnen und Patienten und das Personal keine Vorteile bringt. Eine grossrätliche Kommission hat den Bericht zuhanden des Grossen Rates vorberaten und verlangt nun in einer Planungserklärung, dass der Kanton die Auslagerung der kantonalen Psychiatrie vorbereite. Die Personalverbände im Gesundheitswesen stellen sich gegen diese Absicht und halten an der Stossrichtung des Regierungsrates fest.

Gegen eine Auslagerung sprechen verschiedene Gründe.

Die Psychiatrie im Kanton Bern steht vor tiefgreifenden Veränderungen. Psychiatrische Leistungen sollen ambulant vor stationär und vermehrt in den Regionen erbracht werden. Nicht einmal die Planung für diese Umwälzung ist abgeschlossen, geschweige denn konnte bisher die Umsetzung an die Hand genommen werden. Im somatischen Spitalbereich zeigt sich, dass die Aktiengesellschaften als Trägerschaften der Regionalen Spitalzentren (RSZ) die vom Kanton erwartete Neustrukturierung des Spitalwesens im Kanton Bern nicht umsetzen konnten. Sie sind mit Umstrukturierungen überfordert, nicht zuletzt weil sie unter massivem Spardruck stehen.

In der Psychiatrie ist es besonders schwierig, genügend qualifiziertes Personal zu rekrutieren; vor allem im ärztlichen Bereich. Deshalb dürfen die Anstellungsbedingungen keinesfalls schlechter werden. Die Arbeitgeber im Gesundheitswesen wissen das und sind durchaus gewillt, gute Bedingungen zu bieten. Allerdings zeigt die Erfahrung im privatisierten

somatischen Spitalbereich, dass der ökonomische Druck im Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung (Stichwort DRG) die Bemühungen vereitelt. Abgelöst vom Kanton und dem kantonalen Personalrecht treffen die Sparmassnahmen vor allem das Personal, da 70% der operativen Kosten Personalkosten sind. Krankenkassen und Preisüberwacher kümmern sich in keiner Weise darum, dass gute Arbeitsbedingungen finanziert werden können. Die Lohnrunde in den Spitälern mit Gesamtarbeitsvertrag konnte deshalb dieses Jahr nicht im gleichen Umfang wie beim Kantonspersonal abgeschlossen werden. Bei vielen Beschäftigten stagnieren die Löhne. Dazu kommt, dass in fast allen Spitälern Stellen abgebaut wurden, obwohl die Arbeitsintensität durch die kürzere Aufenthaltsdauer stark zunimmt.

Die Personalverbände finden es zudem bedenklich, dass die Kommission verschiedene Fragen nicht anspricht und sich bloss auf eine fragwürdige Liberalisierung festlegt. Zahlreiche Folgeprobleme sind nicht einmal angedacht, geschweige denn gelöst: Wie soll die Deckungslücke bei der Bernischen Pensionskasse für die ausgelagerten Mitarbeitenden gestopft werden? Wer finanziert bei einer Auslagerung die hohen Guthaben auf den Langzeitkonten der Psychiatrieangestellten? Was geschieht mit der Klinik Bellelay im Berner Jura? Wie verhält es sich bei einer Auslagerung mit der Sicherheit einer forensischen Abteilung? Wie wird der Lehr- und Forschungsauftrag sichergestellt?

Sehr geehrte Medienschaffende

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme bei Ihrer Berichterstattung!

Für Fragen stehen Ihnen zur Verfügung

Bettina Dauwalder, Gewerkschaftssekretärin VPOD, 079 779 27 26

Rosmarie Glauser, Geschäftsführerin VSAO Bern, 079 688 86 57

Tamara Bütikofer, Sozialpartnerpolitik SBK Bern, 078 645 12 09

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV, 079 545 56 76

VPOD B. Dauwalder, Monbijoustr. 61, 3007 Bern
VSAO R. Glauser, Schwarztörstr. 22, 3007 Bern
SBK T. Bütikofer, Monbijoustr. 30, 3011 Bern
BSPV M. Burkhalter, Postgasse 60, 3011 Bern

031 371 67 45 bettina.dauwalder@vpodbern.ch
031 381 39 39 glauser@vsao.ch
078 645 12 09 sozialpartnerpolitik@sbk-be.ch
031 311 11 66 burkhalter@bspv.ch